

Ich habe bereits im Jahre 1891 auf direkte Veranlassung der Leitung des Bauernbundes, sowie dessen Vertrauensmanns, eines in der Nähe wohnenden Gutsbesizers, die erste hier abgehaltene öffentliche Versammlung des Bundes geleitet und bin seitdem Mitglied desselben. Ebenso hat die zweite Versammlung, welche vor einigen Wochen hier abgehalten wurde und dazu bestimmt war, den Eintritt des Bauernbundes in den Bund der Landwirthe vorzubereiten, wieder auf direkte Veranlassung der Bundesleitung in Berlin unter meinem Vorstize hier getagt.

Kurze Zeit darauf erhielt ich ohne alles Zutun meinerseits eine von den Herren „Heyer“ und „Brühl“ unterzeichnete Postkarte, wodurch ich als Vertrauensmann des Bundes der Landwirthe zu einer Sitzung nach Baugen eingeladen wurde, der ich auch beigewohnt habe. Bei dieser Gelegenheit sprach Herr Heyer mir gegenüber noch seine besondere Freude darüber aus, daß ich seiner Einladung gefolgt sei und mich so lebhaft der Sache annähme. Ohne auf die Einzelheiten des von Herrn Heyer als Delegirten des B. d. L. gegen mich beliebten Vorgehens näher einzugehen, erhebe ich hiermit öffentlich Protest dagegen und erkläre dasselbe für eine willkürliche Vergewaltigung; denn die Satzungen des Bundes geben Herrn Heyer keinerlei Recht zu seiner Handlungsweise, sondern erklären den Bund im Gegentheil ausdrücklich gemäß den Berliner Livoli-Beschlüssen unabhängig von jeder politischen Partei.

Ich werde mich indes dadurch nicht einen Augenblick darin irre machen lassen, noch wie vor, meiner Ueberzeugung getreu, die Landwirthschaft als die Nährmutter unseres Volkes zu betrachten und für den Schutz derselben nach jeder Richtung hin thatkräftigst eintreten.

Ich richte hierbei an alle meine Freunde im Bunde der Landwirthe, zugleich in Verantwortung der vielfach von diesen an mich ergangenen Anfragen, die dringende Bitte, sich durch das Vorgehen des Herrn Heyer und der mitunterzeichneten Herren Delegirten nicht irre machen zu lassen und dem Bunde der Landwirthe dessen ungeachtet treu zu bleiben, da derselbe durch unkorrektes Vorgehen des Einzelnen nicht gestört werden darf. Im Uebrigen übergebe ich die Angelegenheit ruhig dem Urtheile jedes billig denkenden deutschen Mannes.

Nur die eine Frage möchte ich noch an Herrn Heyer und die mitunterzeichneten Herren richten: haben dieselben mich i. Bt. zu ihrem Vertrauensmann ernannt, damit ich als solcher dem Bunde der Landwirthe oder der konservativen Partei dienen soll.

Zu dem „Eingefandt“, unterzeichnet „Ein Conservativer“, habe ich nur zu bemerken, daß ich von einer von etwa 60 bis 70 Herren aus dem ganzen Wahlkreise besuchten Vertrauensmänneritzung der deutschen Reformpartei, der weder Herr Dr. Liman noch Herr Sähniichen beizwohnten, als Kandidat des Kreises aufgestellt worden bin und mich zur Annahme der Kandidatur entschloß, weil ich die Vertretung des Mittelstandes, die bisher noch vollständig und besonders bei der konservativen Partei gefehlt hat, für unbedingt notwendig halte. Wie wenig der Herr „Conservativer“ nicht nur hierin, sondern auch über die thatsächlichen Parteiverhältnisse überhaupt orientirt ist, und wie sehr er auf die Unkenntniß der Wähler spekulirt, beweist, daß er Stöcker der deutsch-sozialen Partei zurechnet, der doch stets Mitglied der konservativen gewesen ist, oder sollte der Herr „Conservativer“ selbst so schlecht unterrichtet sein? Herr Zimmermann hat nur deshalb gegen die Militärvorlage gestimmt, weil die Ausbringung der Deckungsmittel nicht zugleich befriedigende Erledigung fand und hat dabei jedenfalls die Interessen des Mittelstandes besser gewahrt, als die Conservativen, welche bedingungslos zustimmten, und die hinterher auch, wie zum Theil bei den Handelsverträgen, „wenn auch mit schweren Herzen“, vielleicht für Brau- und Spiritussteuer gestimmt hätten.

Warum beliebt es denn hierbei dem Herrn „Conservativen“ nicht, Herrn Zimmermann außer als Reichsfeind, auch als „Katholik“ wie seine Gesinnungsgenossen es in Dresden gethan haben, zu verdächtigen? Nicht wahr, in Dresden darf man das, in Baugen verbieten es wohl taktische Gründe? Daß ich meine Kandidatur „vorbereitet“ hätte, weise ich als eine durchaus durch nichts zu rechtfertigende Behauptung zurück, da ich noch bis vor zwei Wochen nicht daran gedacht habe.

Der Kampf, den ich für Altar, Thron und Deutschthum seit 12 Jahren führe, ist von mir aus heißer Liebe zu meinem deutschen Vater-

lande geführt worden, was vielleicht nur denen ungläubhaft erscheinen mag, die selbst nicht dazu fähig sind.

Bischofswerda, 21. Mai 1893.

Heinrich Gräfe, Blumenfabrikant.

(Eingefandt.)

Die in den letzten Tagen von der Reformpartei in Frankenthal, Panschwitz und Crostwitz abgehaltenen Wahlversammlungen, in welchen der Reichstagskandidat Herr Heinrich Gräfe-Bischofswerda das Programm der Reformpartei entwickelte, nahmen sämmtlich einen Verlauf, der von Neuem Zeugniß dafür ablegte, daß die Kandidatur Gräfe nicht nur bei den Handwerkern und Gewerbetreibenden des Kreises, sondern auch bei der Landbevölkerung immer mehr an Boden gewinnt.

Namentlich stimmte man auch in diesen Versammlungen den Ausführungen des Herrn Gräfe darin lebhaft bei, daß die Militärvorlage erst dann bewilligt werden könne, wenn die Frage der Deckungsmittel in einer für den Mittelstand befriedigenden Weise gelöst sein wird. Der Gedanke, daß endlich die Lasten auf die Schultern der Börse vor Allem zu legen seien, fand überall begeisterte Zustimmung. Ueber den Verlauf der Versammlung in Panschwitz, welche Dienstag, den 23. d. M., Nachmittags 1/2 Uhr stattfand, ist noch zu berichten, daß, nachdem der Vorsitzende, Herr Drogist Schäfer aus Ramenz, die Versammlung mit einem Hoch auf Kaiser und König eröffnet hatte, der mitanwesende Herr Rechtsanwalt Sachße aus Baugen, erster Vorsitzender des konservativen Vereins für den sächsischen Wahlkreis, bevor Herr Gräfe das ihm vom Vorsitzenden erteilte Wort ergreifen konnte, sofort das Wort nahm und mit lauter Stimme den Einberufer der Versammlung zur Stelle verlangte, sowie die Wahl eines Vorsitzenden aus der Mitte der Versammlung forderte. Trotz der Versicherung des Vorsitzenden, daß er als solcher der Rgl. Amtshauptmannschaft angezeigt sei, was die Wahl des Vorsitzenden nach dem Vereinsgesetz verüßlich ist, schweig Herr Sachße nicht. Der Unwille der Versammlung kam hierbei schon zum Durchbruch und trat mit demonstrativem Beifall in Erscheinung, als der Vertreter der Königl. Amtshauptmannschaft Ramenz, Herr Regierungsassessor Dr. Körner, Herrn Sachße erklärte, daß die gesetzlichen Formalitäten der Anmeldung der Versammlung erfüllt seien. Erst nachdem der Herr Regierungsassessor Herrn Sachße das Sächs. Vereinsgesetz vorlegte, beruhigte sich Herr Sachße.

Nachdem nun Herr Gräfe seine oft von lautem Beifall unterbrochenen Ausführungen beendet hatte, ergriff Herr Sachße wieder das Wort und plaidirte für den konservativen Kandidaten Herrn Grafen zur Lippe, als er sich aber zu der Behauptung verließ, Herr Gräfe sei nicht im Stande, den Wahlkreis „würdig“ zu vertreten, brach ein wahrer Sturm der Entrüstung los und Zurufe: Beweisen, zurücknehmen, Schluß u. wurden von allen Seiten laut.

Herr Gräfe erwiderte ruhig unter lebhafter Zustimmung und schloß mit den Worten: „Ich überlasse das Urtheil über das Austrreten des Herrn Sachße dem gesunden Sinne der Versammlung.“ Nachdem Herr Sachße nochmals das Wort ergreifen wollte, wurde mitten aus der Versammlung der Antrag gestellt, dem Redner das Wort zu entziehen. Dieser Antrag wurde mit donnerndem Applaus von der Versammlung angenommen.

Jedenfalls hat Herr Sachße durch sein Auftreten für die Kandidatur Gräfe die beste Stimmung gemacht und die Reformpartei möchte wünschen, daß der konservative Verein Herrn Sachße in alle ihre Wahlversammlungen entsendet, um den Erfolg für Herrn Gräfe für den 15. Juni weiter in derselben Weise mit vorzubereiten.

(Eingefandt.)

In Nr. 40. Seite 3 des „Sächsischen Erzählers“ befindet sich ein „Eingefandt“, dessen Absicht leicht zwischen den Zeilen zu lesen ist. Die in demselben genannten Herren Zimmermann, Sähniichen, Gräfe u. a. m. haben sich seit Jahren bemüht, durch Vorträge die Bewohner vieler Ortschaften über die Uebelstände im deutschen Volke und Reich und über die Mittel zu deren Beseitigung zu belehren, gleichzeitig aber auch zur Bildung von Reformvereinen zu bewegen, was ihnen auch in erfreulicher Weise gelungen ist. Die Zwecke dieser Vereine mögen in der Hauptsache ganz dieselben sein, wie sie der Herr Landesbestallte Graf zur Lippe-Baruth allerdings erst seit seiner Kandidatur zum Reichstagsabgeordneten öffentlich kund gegeben hat.

Mit Recht verdient deshalb der Herr Graf die Sympathien der Anhänger des Reformvereins, nicht aber deshalb da einzutreten, wo letzterer gesät hat. — Wenn man nun im obenbezeichneten Eingefandt von Herrn Blumenfabrikant Gräfe verlangt, von seiner Kandidatur um deswillen zurückzutreten, weil ein anderer sich zuletzt öffentlich zu jenen Grundsätzen bekennt, die Herr Gräfe im Volke zu verbreiten seit Jahren sich eifrig beflissen hat, und zwar ohne daran zu denken, einmal mit einer Kandidatur beehrt zu werden; so findet man keinen anständigen Ausdruck, diese Handlungsweise zu bezeichnen.

(Eingefandt.)

Rein ehrlich Spiel.

Wir haben schon wiederholt gegen die Annahme Einspruch erhoben, die darin liegt, daß von konservativer Seite den Antisemiten das Recht der Aufstellung eigener Kandidaten abgesprochen wird. Ein ehrliches Cartell haben wir immer befürwortet; wenn ein solches aber konservativerseits bloß darin gesehen wird, daß der Antisemitismus als Schlepenträger der konservativen Partei zu dienen habe, so ist das nicht möglich, und die Conservativen werden es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn die Antisemiten die Geduld verlieren und nun auch jede weitere Rücksicht fallen lassen.

Dies wird geschehen, wenn von konservativer Seite auch ferner in derselben Weise verfahren wird, wie sich dies jetzt beim Beginne der Wahlbewegung gezeigt hat, und Schuld der Conservativen wird es sein, wenn die Folge davon ist, daß die unpatriotischen Elemente Vortheil aus dem entstehenden Zwispalt ziehen; zu spät aber wird man dann auf konservativer Seite einsehen, daß man durch die eigene Unehrlichkeit sich selbst den größten Schaden zugefügt hat. Untreue schlägt ihren eigenen Herrn, und das wird sich auch an den Conservativen zeigen, wenn sie nicht ablassen, mit Hinterlist gegen die Antisemiten zu verfahren. Daß diese Erwägungen sehr berechtigter Natur sind, wird sich aus Folgendem ergeben:

In dem sächsischen Wahlkreise Baugen-Bischofswerda ist seitens der dortigen Antisemiten der Stadtverordneten-Vorsteher und Blumenfabrikant Heinrich Gräfe jun. als Reichstagskandidat aufgestellt worden. Sein Gegencandidat ist der Conservative Graf zur Lippe. Herr Gräfe ist ein Mann, der sich aus eigener Kraft zu einigem Wohlstande emporgearbeitet hat und der sich im Wahlkreise um so größerer Beliebtheit erfreut, als er auch Vertrauensmann des Bundes der Landwirthe ist und bereits im Bauernbunde eine gewichtige Rolle spielte. Seine Kandidatur wurde alsbald nach der Reichstagsauflösung aufgestellt, in seinen Aufrufen und Reden betont er sein vollkommenes Einverständnis mit den Forderungen des Bundes der Landwirthe.

Man sollte nun meinen, daß der Vorstand dieses Bundes über eine derartige Kandidatur, die überdies, direkt aus dem Mittelstande hervorgegangen, die weitaus günstigsten Siegeschancen bot, überaus glücklich sein mußte. Weit gefehlt! Man hielt an der seitens der Conservativen an der Kandidatur Graf Lippe fest — das war das gute Recht der Conservativen. Aber man vermochte auch den Vorstand des Bundes der Landwirthe, obwohl eine große Anzahl von Mitgliedern sich jubelnd für Gräfe erklärte, direkt gegen Gräfe einzutreten. Wir fragen zunächst, wie verträgt sich das mit den Statuten des Bundes? Wir fügen zugleich hinzu, daß auch im Wahlkreise Weihen-Großenhain, wo Postath-Mehner als Schüßling des Herrn v. Friesen gegen den antisemitischen Bauerngutsbesitzer Lieber candidirt, die gleiche Erscheinung zu constatiren ist, obwohl nicht Herr Mehner, sondern Herr Lieber Vertrauensmann des dortigen Verbandes ist.

Doch die Sache kommt noch besser, wenigstens zunächst in Bischofswerda. Der antisemitische Candidat ist, weil er es wagt, eine ihm angebotene Kandidatur anzunehmen, obwohl er sich völlig auf den Boden des Bundes stellt, einfach ausgeschlossen worden. In einem Schreiben, unterzeichnet Otto Julius Heyer, Niederlains, Delegirter des Bundes der Landwirthe für die Amtshauptmannschaft Baugen, heißt es:

„Aus den Zeitungen habe ich erfahren, daß Sie in Bischofswerda von dem Reformverein als Candidat (sic!) für den hiesigen dritten Reichstagswahlkreis aufgestellt worden sind und dieses Mandat anzunehmen erklärt haben. Dabei wurde ausdrücklich erwähnt, daß Sie Vertrauensmann des Bundes der Landwirthe seien und für die-